



20. August 2017

USA: WILLKÜRLICHE INHAFTIERUNG NACH WIE VOR RELEVANT BEI EINWANDERUNGS-, ZIVILEN UND MILITÄRISCHEN HAFTANSTALTEN

Schriftliche Erklärung von Amnesty International an den UN-Menschenrechtsrat
36. Sitzung, 11. – 29. September 2017

TOP 3: Interaktiver Dialog mit der Arbeitsgruppe über willkürliche Inhaftierung

Amnesty International begrüßt die vorläufigen Feststellungen der Arbeitsgruppe "Arbitrary Detention" anlässlich ihres Besuchs in den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) im Oktober 2016. Diese schriftliche Erklärung konzentriert sich auf die Bedenken von Amnesty International in Bezug auf Haftvorschriften, die Vorschrift über die Zahl der Betten in Haftanstalten für Flüchtlinge, die Zwangsunterbringung schwangerer Frauen und das Gefangenenlager Guantánamo Bay.

Haftvorschriften und Familienhaft

Die Ergebnisse der in bezug auf Haftvorschriften, die Notwendigkeit einer individuellen Bewertung und der fehlende Zugang zur eigenen Präsentation spiegeln die Ergebnisse der eigenen Untersuchungen von Amnesty International wider. Die vorläufigen Ergebnisse der Arbeitsgruppe unterstrichen außerdem die Ausweitung der Familienhaft als Reaktion auf den Zustrom von Asylsuchenden aus El Salvador, Guatemala und Honduras und führten 2014 zur Eröffnung von zwei Familienhaftanstalten an der Grenze zu Texas, wodurch die Kapazität auf mehr als 3500 Bettenplätze erhöht wurde, in denen Familien festgehalten werden können.

Amnesty International hat das Thema der Familienhaft mit den Geschichten von vier Familien verdeutlicht, die vor Gewalt und Instabilität in El Salvador und Honduras geflohen sind. Antonio (7), Carlos (4), Josué (3) und Michael (16) und ihre Mütter Marlene (24), Lorena (34), Teresa (28) und Maribel (41) beantragten in den USA Asyl, nachdem sie in ihren Heimatländern vor grausamer Gewalt geflohen waren. Sie wurden fast zwei Jahre lang in Haft



gehalten, die meiste Zeit im Berks County Residential Center in Pennsylvania. Jede Familie floh vor traumatischen und lebensbedrohlichen Ereignissen, einschließlich der Androhung von Entführung und schwerer körperlicher und sexueller Gewalt. Zum Beispiel war Michael zur Rekrutierung durch Banden ins Visier genommen und bedroht worden, wenn er sich weigere, der Gruppe beizutreten. Nachdem seine Freunde getötet worden waren, weil sie sich geweigert hatten, Banden beizutreten, flüchteten Michael und seine Mutter Maribel in die USA, wo dann der dreijährige Josué mehr als die Hälfte seines Lebens in Haft verbrachte.

Trotz dieser zwingenden Asylgründe wurden die Familien inhaftiert und nach Ablehnung ihrer Ansprüche aufgrund einer oberflächlichen, beschleunigten Überprüfung an der Grenze mit der Abschiebung konfrontiert. Diese Familien hatten nie die Möglichkeit, ihre Anträge einem Einwanderungsrichter umfassend zu präsentieren. Die Behörden erteilten allen vier Kindern Ende 2016 den Sonderstatus als jugendlicher Einwanderer (Special Immigrant Juvenile Status - SIJS), nachdem ein Staatsgericht festgestellt hatte, dass es nicht dem Wohl der Kinder entspreche, in ihr Heimatland zurückzukehren. Dennoch weigerten sich die Behörden der Einwanderungs- und Zollbehörden, diese Familien freizulassen, als sie um Rechtshilfe baten, um ihre Ausweisung zu verhindern. Erst nach einer Entscheidung des Neunten US-Berufungsgerichts im Juli 2017 wurde festgestellt, dass Kinder, die sich in Haft befinden, Zugang zu Kautionsverhandlungen erhalten müssen, wurden die Kinder zusammen mit ihren Müttern als sorgeberechtigte Eltern bis zu einer endgültigen Entscheidung über ihre Fälle freigelassen.

Empfehlungen:

- In Übereinstimmung mit dem grundlegenden Menschenrecht jeder Person, als unschuldig betrachtet zu werden, sollte der US-Kongress ein Gesetz erlassen, das die Unschuldsvermutung der Inhaftierung von Einwanderern und Asylsuchenden entgegensetzt und sicherstellt, dass eine Inhaftierung als letzte Möglichkeit und nur in Ausnahmefällen eingesetzt wird;
- Die US-Regierung sollte sicherstellen, dass alternative Maßnahmen ohne Freiheitsentzug, wie z.B. Meldepflichten oder eine bezahlbare Kautionen, immer explizit vor einer Inhaftierung in Betracht gezogen werden. Die Meldepflichten sollten nicht übermäßig belastend, invasiv oder schwierig einzuhalten sein, insbesondere nicht für Familien mit Kindern und Menschen mit begrenzten finanziellen Mitteln. Die Bedingungen für die Freilassung sollten gerichtlich überprüft werden.
- Der US-Kongress sollte Gesetze verabschieden, um sicherzustellen, dass alle Einwanderer und Asylsuchenden Zugang zu individuellen Anhörungen über die Rechtmäßigkeit, Notwendigkeit und Angemessenheit der Inhaftierung sowie das Recht haben, die Ergebnisse anzufechten.
 - Inhaftierung sollte nur dann eingesetzt werden, wenn die US-Regierung in jedem Einzelfall nachweisen kann, dass es sich um eine notwendige und verhältnismäßige Maßnahme handelt. Niemand sollte der "obligatorischen Inhaftierung" unterliegen.
 - Die Entscheidungen über die Inhaftierungen sollten einer förmlichen und regelmäßigen Überprüfung durch ein Justizorgan unterliegen.



Vorschrift über die Belegungskapazität für Haftanstalten

Der gesetzliche Rahmen, der die obligatorische Inhaftierung bei der Durchsetzung von Einwanderungsgesetzen erlaubt, verstößt gegen das Völkerrecht und internationale Standards. Gleichzeitig hat der US-Kongress die Belegungskapazität für Haftanstalten in die Finanzierung durch das Heimatschutzministerium aufgenommen. Diese Vorschrift – wie im Folgenden beschrieben – erfordert von den Einwanderungsbehörden, diese Bettenkapazitäten nicht nach Bedarf, sondern auf einer nächtlichen Basis zu belegen.

1996 verfügten die Einwanderungsbehörden über eine tägliche Haftkapazität von weniger als 10.000 Personen. In den Jahren nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten wurde die Kontrolle der Einwanderungsbestimmungen für die Regierung immer wichtiger, was zu einer Aufstockung der Mittel für die Einrichtung von Haftplätzen führte. Im Jahr 2009 verabschiedete der Kongress ein Gesetz, das nicht weniger als 33.400 Betten in Haftzentren für Einwanderer vorschrieb, die jede Nacht "aktiv" sein müssen, was als Vorschrift behandelt wird. Diese Bettenkapazitäten wurden in den letzten acht Jahren mit leichten Schwankungen in etwa gehalten. 2016 stieg die Zahl der täglichen Verhaftungen durch die Einwanderungsbehörden bis Juli jedoch auf über 37.000 und auf über 41.000 bis Oktober. Die derzeitige Regierung strebt eine Ausweitung dieser Kapazitäten an, indem sie für den Haushalt 2018 für das Heimatschutzministerium beantragt, die Mittel auf 2,7 Milliarden USD "für mehr als 51.000 Betten in Haftanstalten aufzustocken, um den zu erwartenden Zuwachs an Verhaftungen im Inland von kriminellen und flüchtigen Ausländern Rechnung zu tragen".

Diese Vorschrift über die Belegungskapazität für Haftanstalten, zusammen mit den gesetzlichen Rahmen für die obligatorische Inhaftierung, vergrößert das Risiko, dass eine große Zahl von MigrantInnen und Asylsuchenden in den USA willkürlich inhaftiert werden wird.

Empfehlungen:

- Amnesty International ermutigt die Arbeitsgruppe über willkürliche Inhaftierung, die Art und Weise zu analysieren, wie die Vorschrift und die Finanzierung der Belegungskapazität zusammen mit den Gesetzen zur erzwungenen Inhaftierung dazu beitragen, vermehrt MigrantInnen und Asylsuchende willkürlich zu inhaftieren;
- Der US-Kongress sollte die Vorschrift über die Belegungskapazität für Haftanstalten aus dem Haushaltsgesetz für das US-Heimatschutzministerium zurückziehen.

Freiheitsentzug für schwangere Frauen

Amnesty International begrüßt die vorläufigen Ergebnisse der Arbeitsgruppe, in denen die Menschenrechtsbedenken im Zusammenhang mit der Zwangseinweisung schwangerer Frauen anerkannt werden, die des Drogenkonsums verdächtigt werden. Ein Bericht von Amnesty International aus dem Jahr 2017 analysiert die einzigartigen Formen der Kontrolle von schwangeren Frauen in den USA, die Drogen konsumieren, einschließlich staatlicher Intervention und Kriminalisierung. Amnesty International kam zu dem Schluss, dass die Kriminalisierung und andere strafrechtliche Ansätze, wie z. B. die Anwendung von Zivilgesetzen zur Zwangseinweisung schwangerer Frauen, sie davon abhalten, Gesundheitsdienste in Anspruch zu nehmen, diskriminierende Auswirkungen auf marginalisierte Frauen haben und die Menschenrechte verletzen. Insbesondere hat Amnesty International festgestellt, dass 1997 Wisconsin Act 292, Wis. 48.193, ein Zivilrecht, das die Zwangsunterbringung schwangerer Frauen erlaubt, weder angemessen noch verhältnismäßig ist und gegen das Recht auf Freiheit, Privatsphäre und gleichen Schutz verstößt.



Empfehlung:

- Die Staaten sollten Gesetze über die Ergreifung von BürgerInnen aufheben, die zur willkürlichen Inhaftierung schwangerer Frauen führen. Bundes- und Landesbehörden sollten einen menschenrechtlichen Ansatz gegenüber Frauen vorziehen, die während einer Schwangerschaft Drogen konsumieren, indem sie den Zugang zu erschwinglichen, frauengerechten Behandlungsdiensten für Drogenabhängigkeit und zu nichtdiskriminierenden sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdiensten ausweiten.

Gefangenenlager Guantánamo Bay

Bei der Amtseinführung von Präsident Donald Trump am 20. Januar 2017 wurden 41 Männer auf dem Marinestützpunkt der USA in Guantánamo Bay auf Kuba festgehalten. Sieben Monate später sind alle 41 noch da. Zwei von ihnen sind seit dem ersten Tag der Inhaftierungen dort (11. Januar 2002), 15 seit dem ersten Jahr und 40 seit mehr als 10 Jahren. 30 der 41 werden ohne Anklage auf unbestimmte Zeit festgehalten. Andere haben oder stehen vor einem unfairen Prozess der Militärkommission. Mindestens 24 der 41 waren vor der Verlegung nach Guantánamo in geheimem CIA Gewahrsam und unterlagen dem erzwungenen Verschwinden.

Während des Präsidentschaftswahlkampfes 2016 versprach Donald Trump, nicht nur die Haftanstalt von Guantánamo offen zu halten, sondern sie auch „mit ein paar bösen Kerlen aufzuladen“. Im März 2017 sagte US-Generalstaatsanwalt Jeff Sessions auf die Frage nach den Plänen für neue Häftlinge, die an der Basis ankommen sollten: „Da ist viel Platz... Es ist ein perfekter Ort dafür... Ich sehe keinerlei rechtliches Problem darin.“

In Guantánamo waren 2003 mehr als 650 Häftlinge inhaftiert. Im ersten Monat seiner Präsidentschaft gab es Anzeichen dafür, dass Präsident Trump im Begriff war, eine Durchführungsverfügung zu erlassen, mit der grünes Licht für neue Festnahmen in Guantánamo gegeben werden sollte, aber bisher wurde keine solche Anordnung unterzeichnet und kein neuer Häftling zum Stützpunkt gebracht. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass jede Gelegenheit genutzt wird, um die USA davon abzubringen und sie im Gegensatz dazu auf ihre frühere Verpflichtung zur Schließung der Haftanstalt hinzuweisen.

Empfehlung:

- Die USA müssen davon absehen, neue Häftlinge nach Guantánamo zu verlegen, und unverzüglich dafür Sorge tragen, dass bestehende Inhaftierungen in Guantánamo unter uneingeschränkter Einhaltung des Völkerrechts beendet werden. Jeder Häftling - der das Grundrecht hat, die Rechtmäßigkeit der Inhaftierung anzufechten -, den die USA strafrechtlich zu verfolgen beabsichtigen, sollte unverzüglich angeklagt und vor ein ordentliches Bundesgericht gebracht werden. Die Todesstrafe darf nicht angeordnet werden.

Unverbindliche Übersetzung:

El-Salvador-Koordinationsgruppe

Verbindlich ist das englische Original:

Unites States of America: Arbitrary Detention Remains Embedded in Immigration, Civil and Military Detention Systems – Written Statement to HRC36

<https://www.amnesty.org/en/documents/amr51/6962/2017/en/>

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

